

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932**

18.4.1932 (No. 90)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expeditions:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. A. M. e. b.,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Betreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Zuschriften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfuß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralthandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Rheinschiffahrtsverband Konstanz e. V.

Aus dem Geschäftsbericht für 1931

Der Geschäftsbericht des Rheinschiffahrtsverbandes Konstanz e. V. (Vereinigung zur Förderung der Schiffbarmachung des Rheines bis zum Bodensee) für 1931 weist darauf hin, daß die allgemeine Krise das normale Fortschreiten der im Gang befindlichen Kraftwerksbauten und die Vorbereitungen für den weiteren Ausbau am Oberrhein nicht zu beeinflussen vermochte. Durch Teilarbeiten für die Zwecke der Oberrheinschiffahrt wäre eine produktive Arbeitslosenbeschäftigung, wie wohl kaum an einer anderen Stelle, möglich. Am 6. Juli 1932 kann der Rheinschiffahrtsverband Konstanz auf eine 25jährige Tätigkeit zurückblicken.

Das Jahr 1931 bildet in der Entwicklungsgeschichte des Badischen Rheinschiffahrtsverbandes einen Meilenstein. Bereits am 25. September 1931 (im Jahre 1930 am 17. November) wurde in Basel die millionente Tonne umgeschlagen. Der Verkehr des Badischen Rheinschiffahrtsverbandes, er übertrifft damit den Güterverkehr der Bahnhöfe Genf und Zürich. Die starken Regenfälle des Sommers 1931 hielten den Wasserstand auf einer Höhe, der einen fast ununterbrochenen Verkehr ermöglichte. An dem Güterverkehr besonders ist das deutsche, österreichische und schweizerische Einfuhrgebiet der neuen Großschiffahrtsstraße Basel—Bodensee mit insgesamt 515 865 Tonnen beteiligt, wovon 487 645 Tonnen auf den Bergverkehr und 28 223 Tonnen auf den Talverkehr entfallen. Das erste circa 7 Kilometer lange Teilstück des elfässischen Seitenkanals zwischen Markt und Kembs steht vor seiner Vollendung. Wie vorgesehen, wird im Monat Mai 1932 die Schiffahrt auf dem offenen Rhein vom Wehr bei Markt an abwärts bis zur Höhe des Fleiner Kloßes aufhören und den Kanal benutzen. Damit werden die Fleiner Schwellen, die bisher der Schiffahrt öfters Schwierigkeiten bereiteten, umgangen. Der elfässische Kanal ist ungefähr 5 Kilometer lang und weist bei einer Sohlenbreite von 80 Meter und einer Wasserspiegelsbreite von 120 bis 150 Meter eine Maximaltiefe von 12 Meter auf. Am Kraftwerk Kembs wird weitergebaut.

Inzwischen sind die in der zweiten Hälfte des Jahres 1930 auf der Strecke Rehl—Ahein aufgenommenen Rheinregulierungsarbeiten weiter erfreulich fortgeschritten; sie bringen etwa 1200 Arbeiter auf den drei Baustellen Beschäftigung. Auch indirekt werden durch Zurückziehen und Herbeiführung des für die Regulierung benötigten Materials viele Arbeitskräfte beschäftigt. Bis jetzt sind 48 Regulierungswerte in Angriff genommen und 20 Entwürfe, 6 Baggerparcs, 6 Schleppboote und über 100 andere Schiffe verschiedener Größe im Betrieb. Die Arbeiten werden zwischen Basel und Straßburg einen schnelleren Verkehr auf dem offenen Rhein ermöglichen. Über die Kanalisierung Basel—Bodensee wird berichtet:

Im Kraftwerk Hbbrud—Schwörstadt ist, nachdem Mitte Oktober 1930 die erste Maschinengruppe in Gang gesetzt wurde, am 28. April 1931 die letzte Maschinengruppe in Betrieb genommen worden, so daß nunmehr das Werk vollständig arbeitet.

Die Konzessionsverhandlungen über das Kraftwerk Säckingen sind im Gange und die Entwürfe für die Kraftwerksbauten sind durch die Ergebnisse eingehender geologischer Untersuchungen ergänzt worden.

Beim Kraftwerk Albrunn—Dagern sind die beiden ersten Behälter des Stauewehres auf Schweizer Seite bei Leibstadt fertiggestellt. Die Kanalsole für den 3,5 Kilometer langen Oberwasserkanal auf der deutschen Seite ist bereits aufgeschloffen. Für das Kraftwerk ist die Baugrube ausgehoben, die Caissone sind aufgesetzt und mit den Betonierungsarbeiten ist begonnen. Das Werk wird im Jahre 1933 zur Vollendung kommen.

Das Konzessionsgesuch für das Kraftwerk Rheinau ist am 11. November 1931 amtlich veröffentlicht worden. Gegen das Gesuch sind Einsprüche vom Heimatschutz und von Wasserversorgerverbänden erfolgt, die durch den Stau eine Beeinträchtigung des Rheinfalles und eine Trockenlegung der Rheinauer Schleife befürchten. Die Einsprüche unterliegen zur Zeit der Prüfung. Es ist ein zweites Konzessionsgesuch eingereicht worden, bei dem von der Erstellung des Durchstichkanals abgesehen und nur an dem westlichen Ende der Schleife ein Stauewehr mit Krafthaus errichtet wird. Die Schiffahrt verbleibt bei diesem Projekt im Rhein, die Vaulosten für die Schiffahrtsanlagen werden hierdurch nicht unwesentlich verringert.

Infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise hat die Nachfrage nach elektrischem Strom nachgelassen. Mit der Elektrifizierung weiterer Bahnstrecken und mit den zunehmenden Verwendungsmöglichkeiten der Elektrizität im Haushalt, was bei Verbilligung der Stromabgabe bestimmt der Fall sein wird, dürfte auch die Nachfrage nach elektrischem Strom wieder eine lebhaftere werden.

Die von den oberrheinischen Schiffahrtsverbänden vorgenommene verkehrsstatistische Erhebung befindet sich in der Auswertung. Im allgemeinen lassen die jetzt schon nachgewiesenen Güterverkehrsmengen im Oberrheingebiet keinen Zweifel darüber, daß der Verkehr sehr beträchtlich sein wird. Die Schweiz hat bei der Erhebung festgestellt, daß der Güterverkehr auf dem Oberrhein nach dem schweizerischen Einzugsgebiet und Italien im Jahre etwa 1,5 Millionen Tonnen ausmacht, während der Güterverkehr, soweit das deutsch-österreichische Einfuhrgebiet in Betracht kommt, etwa 900 000 Tonnen betragen wird. Es dürfte demnach damit zu rechnen sein, daß der Güterverkehr der neuen Großschiffahrtsstraße nach ihrer Erstellung sofort erheblich über 2 Millionen Tonnen betragen wird.

### Letzte Nachrichten

#### Deutschland auf der Abrüstungskonferenz Die deutschen Forderungen

W. W. Genf, 18. April. (Tel.) Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz hat heute vormittag seine Beratungen über Artikel 1 des Konventionsentwurfes fortgesetzt, und zwar durch eine Aussprache über die Frage, ob das Konferenzziel in einer einzigen Konferenz erreicht oder in Etappen verwirklicht werden soll. Der Präsident Henderson erklärte, daß bei dieser Gelegenheit auch der deutsche Antrag über den Grundlag der Rüstungsherabsetzung auf ein möglichst niedriges Niveau erörtert werden könne.

Als erster Redner ergriff der deutsche Vertreter, Votivschaffner v. Radolny, das Wort, um die erwähnte Forderung Deutschlands einer effektiven Herabsetzung der Rüstungen auf einen möglichst niedrigen Stand ausführlich zu begründen. Votivschaffner Radolny erklärte, daß in den deutschen Vorschlägen die Methoden zur wirksamen Erreichung dieses niedrigsten Standes aufgezeigt worden seien. Deutschland gehe davon aus, daß ein wirksamer entscheidender Schritt in der Richtung der Abrüstung gemacht werden müsse. Eine unbedeutende oder nur scheinbare Abrüstung oder eine Stauung der Rüstungen bei dem jetzigen Stande könnte in keiner Weise als Erfüllung der Konferenzaufgabe betrachtet werden. Schon die schwere Finanzkrise, unter der alle leiden, müsse an sich ein ausreichender Grund sein für eine möglichst weitgehende Herabsetzung des allgemeinen Rüstungsstandes.

Votivschaffner Radolny erwähnte die deutsche Abrüstung als Beispiel dafür, bis zu welchem Grade man in kurzer Zeit abrüsten könne.

#### Unterredungen Brünings in Genf

W. W. Genf, 18. April. (Tel.) Reichskanzler Dr. Brüning trifft heute mittag mit dem englischen Außenminister Sir John Simon und am späten Nachmittag mit dem italienischen Außenminister Grandi zusammen.

#### Die Sanktionsklausel der Völkervereinbarung

W. W. London, 18. April. (Priv.-Tel.) Der Genfer Korrespondent der „Times“ sagt: In den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz werde die Frage erörtert, ob es nicht angebracht wäre, die Sanktionsklausel der Völkervereinbarung zu streichen, weil ein solcher Schritt wahrscheinlich der einzige sei, der eine Annäherung des amerikanischen und des europäischen Standpunktes in der Frage eines nicht herausgeforderten Angriffes zustandbringen könnte.

#### Der Zusammenbruch des Bank für deutsche Beamte

W. W. Berlin, 18. April. (Priv.-Tel.) Vor der Großen Volkskammer begann heute die auf mehrere Monate berechnete Hauptverhandlung gegen den Kaufmann Alois Weber und Genossen. Es handelt sich um die zweifelhaften Geschäfte der Bank für deutsche Beamte, die mit Millionenverlusten Ende Oktober 1929 zusammengebrochen war. Durch diesen Zusammenbruch wurde die deutsche Beamtenschaft stark in Mitleidenschaft gezogen. Eine Völkervereinbarung größter Ausmaßes spielt in diesem Prozeß eine wesentliche Rolle.

#### Aus dem Sklarek-Prozeß

Ein schwarzer Tag für Bürgermeister Schneider  
W. W. Berlin, 18. April. (Priv.-Tel.) Im Sklarek-Prozeß wurde heute über Anwendungen verhandelt, die der Angeklagte Bürgermeister Schneider von den Sklareks erhalten haben soll. Der Vorsitzende brachte u. a. zur Sprache, daß ein Scheck von 5000 RM. gefunden sei, von dem die Anlage vermutet, daß Schneider diese Summe zum Erwerb einer Hypothek erhalten habe. Schneider bestritt den Empfang dieser 5000 RM. Ihm hätten für eine Hypothek lediglich 500 RM. geflossen, die ihm Max Sklarek geliehen habe, die er aber nach einiger Zeit wieder erhalten hätte.

Vorsitzender: „Haben Sie oder Ihre Frau irgendwelche geldlichen Beziehungen zu den Sklareks gehabt?“  
Schneider: „Nein.“

Darauf verlas der Vorsitzende einen Brief von Frau Sklarek an Schneider, der bei der letzten Hausdurchsuchung beschlagnahmt wurde, und in dem die Abnehmerin von Schneider die Rückzahlung der geliehenen 5000 RM. verlangt. Schneider erklärte, daß ihm von diesem Brief nichts bekannt sei.

Vorsitzender: „Also dann ist das ein Phantasiegebilde von Frau Sklarek?“

Schneider: „Sie können schon Recht haben, Herr Vorsitzender. Ich kann mir das alles nicht erklären.“

Vorsitzender: „Das müßte ja dann von Frau Sklarek geradezu eine Art Erpressung sein. Sie haben aber in der Voruntersuchung auch die von Max erhaltenen 500 RM. bestritten. Vielleicht bequemen Sie sich noch vor Schluß der Vernehmung aufzunehmen, auch nur noch die 5000 RM. zuzugeben.“

Das vom Gidgen. Amt für Wasserwirtschaft in Bern aufgestellte Projekt über die Bodenseekabelflutregulierung ist fertig. Die Verhandlungen mit den einzelnen Ländern über die Kostenverteilung sind eingeleitet. Die bei Hemmishofen bis 30 Meter Tiefe unter die Stromsole vorgeschobenen Bohrungen haben ergeben, daß eine sichere Fundierung des Bodenseekabelflutwehres möglich ist.

### \* Die Not der deutschen Waldwirtschaft

Es ist noch gar nicht solange her, da galt der deutsche Wald für den Staat, für die Gemeinden und für den Privatmann als eines der besten Kapitalien, die man sich denken konnte, und als eine der besten Sicherungen bei plötzlichem Finanzbedarf. Holz war jederzeit zu einem annehmbaren Preis zu verkaufen. So mancher Privatmann hat sich in Kürze von drückenden Schuldenlasten befreien können, indem er ein Stück seines Waldbesitzes verkaufte. Gemeinden, die über reichen Waldbesitz verfügten, standen mit Recht in dem Ruf des Reichturns. Die staatliche Forstwirtschaft spielte im Haushalt eine besonders große und erfreuliche Rolle.

Das alles ist anders geworden. Erstens dadurch, daß infolge der schlechten Wirtschaftslage die Bauwirtschaft zusammengeschrumpft ist, zweitens dadurch, daß dem Holz im Eisenbeton und im Stahlmöbel ein bedeutender Konkurrent erwuchs, und drittens dadurch, daß sich unsere Verträge mit Rußland, also in erster Linie der Kapallo-Vertrag, mit der Meistbegünstigungsklausel, in einer Weise auswirkten, die dieser Tage der „Deutschen Tageszeitung“ in Berlin den Satz abnötigte: „Rußland hat mit Dumpingpreisen den deutschen Holzmarkt zerschlagen“.

Es versteht sich ganz von selbst, daß unter dieser Ungunst der Lage besonders die waldbreichen, deutschen Länder zu leiden haben, also vor allem der Süden. Für Baden wird die Situation noch dadurch erschwert, daß wir Grenzland sind und als solches auf jedem Gebiete die wirtschaftliche Noth besonders schwer empfinden müssen. So haben denn auch in der Reichsratsitzung am Donnerstag die Vertreter der süddeutschen Länder sehr eindringlich erklärt, sie müßten gegen die Verlängerung der Verträge mit Rußland Stellung nehmen, solange nicht ausreichende Sicherungen für die deutsche Holz- und Waldwirtschaft geschaffen seien. Der Reichsrat hat dann leider mit Mehrheit der Verlängerung des Kapallo-Vertrages und des Sicherungsabkommens mit Rußland zugestimmt. Doch sollen sich die Ausschüsse des Reichsrats schon in allernächster Zeit mit der Holzfrage eingehend befassen.

Ein wirklicher Trost ist das natürlich nicht. Mit Beratungen ist der süddeutschen Waldwirtschaft nicht geholfen. Es muß gehandelt werden, und zwar so rasch als nur irgendmöglich. Vor allem sollte die Berliner Bürokratie nun endlich auf den Notschrei aus dem Süden hören, und nun endlich ein besseres Verständnis speziell für die schwierige Situation Badens entwickeln. Wir möchten hoffen, daß die Sitzung des Badischen Landtags vom letzten Freitag, die sich mit diesen Dingen beschäftigte, als ein Alarmsignal erster Art in Berlin gewürdigt werden wird.

Die Badische Zentrumspartei hat sich das Verdienst erworben, die ganze Frage im Landtag zur Sprache gebracht und auch gleichzeitig alle die Forderungen und Vorschläge genannt zu haben, die uns aus dem Glend herausführen können. Abgesehen von steuerlichen Entlastungen der badischen Waldwirtschaft, fordert die badische Zentrumspartei — und das Plenum hat ihr zugestimmt — den Verwendungsanspruch von deutschem Holz bei allen öffentlichen Bauten, Förderung des Holzhausbaues, Aufhebung der die badische Holzwirtschaft vernichtend durchfuhrtarife, Einführung von Einfuhrscheiden für Holz, Kontingentierung der Holzeinfuhr aus dem Osten, handelspolitische Maßnahmen zur Erleichterung der badischen Holzexporte und Verbesserung der Mengenpanne zwischen Rundholz und Schnittholz im deutschen Einfuhrkontingent, die Schweiz betreffend.

Einer der wichtigsten Punkte ist hierbei die Kontingentierung der Holzeinfuhr aus dem Osten. Kein Mensch mündel sich gegen das Rußlandgeschäft als solches, aber es darf doch nicht dahin kommen, daß schließlich „die Russenwechsel bei der deutschen Land- und Forstwirtschaft zahlbar gemacht werden“, indem Rußland uns mit einer Ware überschütten darf, an der wir ohnehin keinen Mangel haben. Oder, wie sich der Abgeordnete Duffner im Badischen Landtag ausdrückte: „Dazu sind doch die Ausfallsbürgschaften nicht übernommen worden, daß Rußland nun den deutschen Wald kaputt macht!“ Rechnet man zu diesem russischen Holzdumping noch die Tatsache der in der Praxis bestehenden französischen Einfuhrsperrre gegen badisches Holz hinzu, dann kann man sich wohl vorstellen, wie verärgert die Lage der badischen Wald- und Holz-

Wirtschaft ist. Es muß von Berlin aus etwas geschehen, um dem Süden zu helfen.

Nicht minder wichtig sind die Forderungen nach größerer Bevorzugung des deutschen Holzes bei öffentlichen Gebäuden und nach Bevorzugung des Holzbaus schlechthin. Wer in den letzten Jahren die führenden Zeitschriften auf dem Gebiet des Bauwesens aufmerksam gelesen hat, der wird immer wieder entsetzt gewesen sein über die Unpignigkeit, mit welcher bei uns in Deutschland ausländische Holz, zum Teil sehr kostbarer und teurer Art, verwendet werden. Erst seit einigen Monaten macht sich hier ein Wandel bemerkbar. Auch in den führenden Zeitschriften wird jetzt die Notwendigkeit, in erster Linie deutsches Holz zu verwenden, mit Nachdruck betont. Einseitigen wird aber der Wert solcher Aufrufe noch dadurch herabgemindert, daß man meist in dem gleichen Heft Abbildungen und Beschreibungen von Wohnungseinrichtungen sehen kann, bei denen gerade entweder ausländisches Holz oder Stahlmöbel verwendet wurden.

Das Stahlmöbel mag für gewisse Zwecke durchaus nützlich sein. Daß es in der bürgerlichen Wohnung Eingang finden sollte — das zu verlangen, ist ein Unfug. Und wenn heute viele Familien sich Stahlmöbel zulegen, dann ist das wohl in den meisten Fällen nichts anderes als Snobbismus.

Sehr erfreulich war die Mitteilung von Regierungsseite, daß man jetzt für Fortwarte Holzhäuser habe errichten lassen, um so der Öffentlichkeit die gute Verwendbarkeit des Holzes zum Hausbau zu illustrieren. Eine solche Propaganda der Regierung für den Holzhausbau ist in der Tat sehr zu begrüßen. Aber nicht nur deshalb, weil damit dem deutschen Holz genützt wird, sondern auch deshalb, weil alle Kundigen schon längst wissen, daß das Wohnen in einem Holzhausbau das gesunde Wohnen ist, das es gibt. Natürlich kann man nicht am Marktplatz in Karlsruhe Holzhäuser bauen, aber in den Villenvierteln, in den Siedlungs- und Randgebieten der Städte und in den kleinen Städten, sowie auf dem Lande selbst könnte man und sollte der Holzhausbau mehr gepflegt werden.

Alle diese Fragen sind durch die Debatten im Badischen Landtag nochmals aufgeworfen und nochmals gründlich beleuchtet worden. Wir haben sie an dieser Stelle in den letzten Jahren schon mehrmals besprochen. Und wir werden auch in Zukunft nicht davon ablassen, im Interesse der deutschen Wald- und Holzwirtschaft aufklärend zu wirken und dafür zu kämpfen, daß dieser Wirtschaft wieder ein erträglicherer Zustand beschert wird.

Der Reichsfinanzminister gegen ein Tabakmonopol. Bei einer Rundgebung der Reichspropagandaorganisation des Großhandels mit Tabakwaren in Berlin erklärte Reichsfinanzminister Dietrich, es werde nicht möglich sein, Änderungen bei der Umsatzsteuer für das Tabakgewerbe zu machen, denn eine zu komplizierte Gestaltung der Steuer müßte den Verwaltungsapparat wieder vergrößern. In der Frage der Ausgleichsteuer sei die Regelung nur provisorisch. Er denke nicht an ein Tabakmonopol, bei dem man im Hilfsfalle 100—200 Millionen mehr Einnahmen haben könnte. Dafür würden aber unzählige Erzeugnisse vernichtet werden.

Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold sprach in München vor dem bayerischen Industriellenverband. Er warnte dringend vor einem Abgehen von der Stabilität der Währung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die zur Zeit notwendigen Eingriffe in die Wirtschaft bald überflüssig werden.

Verfestungsversuche in der Reichswehr. Nach Mitteilung des Reichswehrministeriums wurden in der Zeit vom 1. März 1932 bis 10. April 36 Fälle von kommunistischen Verfestungsversuchen gemeldet. Verfestungsproklamationen und Blätter in vielen Hunderten von Exemplaren wurden den Soldaten zugestellt. Im gleichen Zeitraum wurden 26 Kommunisten verhaftet.

### Badisches Landestheater Wilhelm-Busch-Morgenfeier

Nun ist auch der Großmeister aller Feiertage 100 Jahre alt geworden und muß dies gefürchtete Datum mit verschiedensten Gedankenspielen und -feiern über sich und seine wüßsprühenden Schöpfungen ergehen lassen. Sogar das badische Landestheater wollte da in der langen Reihe der Gratulanten zum 16. April nicht fehlen, aber es hat's mit dem „Schluß Busch“, den es uns in einer sonntäglichen Morgenfeier tendenzlos, wenigstens aufrichtig und ehrlich gemeint, obwohl Beziehungen des großen Humorsisten gerade zum Theater eigentlich nur recht mühsam und spärlich zu finden sind.

Aber darum ging es auch gar nicht, wenn Wilhelm Busch an solch kulturbehafteter Stätte kein Fremdling bleiben sollte, wenn von dem herrlichen Jungesellenleben, das vor einem Jahrhundert in dem hannoverschen Kleindorf Wiedenroth begann und vor 25 Jahren — noch ebenso heimatstreu und bauerlich-ländlich — wieder in einem winzigen Nest, in Mechtshausen, endigte, uns Stadtkinder etwas Menschlich-Personliches nahegebracht werden sollte. Und man tat ebenso Recht, daß man sich nicht bloß auf oberflächliche Kostproben von dem beschränkte, was seit jeher alt und jung begeisterte und noch immer freudig bewegt, sondern daß die Aufgabe, einen Schlüsselpunkt zu diesem merkwürdigen Erdendasein zu finden, das eine lachende Träne im Wappens führte, einem gründlichen Kenner anvertraut war. Denn als solcher erwies Dr. Carl Sagemann dem dichterischen Genius seine Reverenz, und ganz besonders wollen wir ihm danken, daß er dabei seine Ansprache nicht in der fassam bekannten Antithese des pessimistischen Philosophen, der mehr oder weniger sich in seinen sturillen Gestalten zu einem Optimismus auftraufte, und seine Weltlust an unbarmherziger Feder aufspießte, zusammensetzte. Es fiel in seiner trefflichen Deutung des genialen Schöpfers von „Maz und Moritz“ und von der „Frommen Selene“ — überhaupt keine Silbe bezüglich dessen Sinnetzung zu Schopenhauers daseinsberneinender Weltanschauung, sondern er zeichnete das Bild dieses Doppeltümlers von Griffel und Vers ganz einfach mit den Zügen des letzten Wiedermeiers großen Stiles nach und summierte unter einem ästhetisch Dritten, eben in dem monumentalen aus Schrift und Zeichnung gewonnenen Lapidarstil, dessen einzigartige und selbst im neunzehnten Jahrhundert, dem Zeitalter Jean Pauls, E. T. A. Hoffmanns, Feines und Fontanes einmalige Weisheit.

### Um die Kampforganisationen Das Reichsbanner

Reichsminister Groener erklärt in einer „Rein Standpunkt“ überschriebenen Äußerung u. a., er habe sich nicht die in einem Teil der Presse erhobene Forderung, auch den Stahlhelm und das Reichsbanner aufzulösen, zu eigen machen können. Weder der Stahlhelm noch das Reichsbanner seien mit den nationalsozialistischen Kampforganisationen in bezug auf den militärischen Charakter des Aufbaues und der Funktionsregelung zu vergleichen.

Die Ausführungen des Reichsinnenministers waren schon vor der Stellungnahme des Reichspräsidenten geschrieben. Reichsminister Dr. Groener hat am Samstag den Führer des Reichsbanners, Höltermann, zu sich gebeten und ihn um Stellungnahme zu dem in der Presse gegen das Reichsbanner erhobenen Vorwürfe erfragt. Höltermann hat dem Minister erwidert, daß diese Vorwürfe unbegründet seien, daß er aber zur Vermeidung aller Mißverständnisse bereit sei, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Graf Westary beabsichtigt, wie er ankündigte, nach Wiederauftritt des Reichstages in einem Antrag das Verbot des Reichsbanners zu fordern. — In Breslau betonte der Bundesvorsitzende, Höltermann, die überparteiliche Haltung und strenge Legalität des Reichsbanners. In Kiel erklärte Ministerpräsident Dr. Braun, er kenne das angeblich belastende Material gegen das Reichsbanner nicht. Es sei aufzulösen, wäre eine so seltsame Unparteilichkeit, die man vom Reichspräsidenten nicht erwarten könne.

### Der Wahlkampf in Preußen

#### Deutschnationale und Nationalsozialisten

Der deutschnationale Parteiführer Dr. Eugenberg sprach am Samstag in einer Wahlkundgebung der Deutschnationalen Volkspartei in Kiel. Dr. Eugenberg richtete heftige Angriffe gegen die Nationalsozialisten und betonte, der Ausdruck „Rein Reich“ sei von ihm gebraucht worden, bevor die Nationalsozialisten ihn popularisierten. Die Nationalsozialisten könnten allein niemals die Herrschaft in Deutschland erringen. Das habe sich auch bei der Reichspräsidentenwahl gezeigt. Die Nationalsozialisten dürften niemals die Mehrheit erhalten, denn in ihrer Brust wohnen zwei Seelen, eine nationale und eine sozialistische. Eine starke Deutschnationale Volkspartei müsse den Nationalsozialisten an die Seite gesetzt werden, damit der nationale Gedanke die Oberhand gewinne.

Der Volksentscheid in Sachsen gescheitert. Nach dem vorläufigen Gesamtergebnis wurden bei dem Volksentscheid am Sonntag auf Auflösung des Sächsischen Landtages bei 3 644 047 Wahlberechtigten 1 318 042 Ja-Stimmen und 53 422 Nein-Stimmen abgegeben, 20 770 Stimmen waren unglücklich. Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen beträgt demnach 1 392 254 Stimmen, also knapp 38 Prozent, so daß der Volksentscheid gescheitert ist. Der Volksentscheid war von den Kommunisten eingetragt und von den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen unterstützt worden.

Der Volksentscheid in Odenburg auf Auflösung des Odenburger Landtages erhielt die absolute Majorität. Für Auflösung des Landtages wurden 125 365 Ja-, 5796 Nein- und 1079 unglückliche Stimmen abgegeben. Der Volksentscheid ging also durch.

Keine neue Kürzung der Beamtengehälter. Die von nationalsozialistischen Abgeordneten Straßer in Hannover aufgestellte Behauptung, daß die Reichsregierung unmittelbar nach den Landtagswahlen eine neue Kürzung der Beamtengehälter plane, wird von zuständiger Seite als vollkommen aus der Luft gegriffen bezeichnet.

Neues heftiges Material gegen die SA. Die heftige Regierung macht Mitteilungen über das bei SA- und SS-Führern gefundene Material. Hieraus ist ersichtlich, daß die Fortführung der SA und SS in illegaler Form bereits bis ins kleinste durchorganisiert war. Man fand Angaben darüber, wie die SA als Gefangene, Regellubs, Statklubs, Box- und Sportvereine weiter zu organisieren gedachte. Ein Brief des Reichstagsabgeordneten Weibel, des Oberführers der Gruppe V West der SS, in Düsseldorf, teilt den SS-Führern den Inhalt wichtiger preußischer Polizeifunktsprüche, die nach einem nur wenigen Personen bekannten Geheimschlüssel gefunkt wurden, im Wortlaut mit. Es wurden eine Reihe von Aktenstücken bei den höheren Führern beschlagnahmt. Unter diesen Aktenstücken war kaum eine, aus der nicht beim Öffnen eine scharf geladene Pistole herausfiel.

Den musikalischen Auftakt hatte Webers „Abu Hassan“ überliefert, ein den köstlichen Bilderbuchstücken Buschs nah verwandtes Werk, das Joseph Keilberth (wie übrigens am Abend zuvor schon „Hoffmanns Erzählungen“) zusammen mit dem Landestheaterdirektor effektvoll vortrug. Hugo Süder folgte mit einigen netzen Reden, denen freilich Paul Müller schnell den Rang abließ, als er mit Lichtbildern „Herr und Frau Knopp“ zu registrieren begann. Dem jenseitigen Leiter und wohl auch verantwortlichen Regisseur der gesamten Veranstaltung, Ulrich von Trenz, hat, so jodann eine sehr gelungene mimische Darstellung verschiedenster Gedächtnisse zu danken, um deren Bühnengewandte Darbietung sich außer ihm Maria Genter, Mona Seiling, Friedrich Krüger, Hans Müller, sowie der kleine Josef Sonntag eifrigst konzentrierten. Nach diesem diebischen Schabernad machte eine womöglich noch beifälliger und verständnisvoller aufgenommene musikalische Wiedergabe des ersten Streiches von „Maz und Moritz“ durch die Damen Else Blant und Elfriede Saberkorn den urkomischen Beschluß der Feier, der man ihres bestreidenden und wirklich ans Herz greifenden Charakters wegen — das Haus war zudem drehend voll — noch die eine oder andere Wiederholung zum Ergötzen aller Lustigen wünschen möchte.

Wilhelm-Busch-Gedenkfeier. Am Grabe Wilhelm Buschs fand anlässlich seines 100. Geburtstages in Mechtshausen (Hannover) eine Gedenkfeier statt. Landestrafenrat Dr. Lampe sagte, es sei ein eigenartiges Zusammentreffen, daß im Todesjahr Goethes der Meister des deutschen Humors das Licht der Welt erblickt habe. Für das deutsche Volk sei es gerade in der schweren Notzeit von größtem Wert, sich an Buschs lebensbejahendem und gutem Humor zu erinnern. Im Namen des Reichspräsidenten und der Reichsregierung legten Ministerialrat Dehnhard und im Namen der preußischen Regierung Regierungspräsident Dr. Böhm am Wohnhaus von Wilhelm Busch in Mechtshausen Kränze nieder.

Verleihung der Goethe-Medaille an Furtwängler. Aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums des Berliner Philharmonischen Orchesters hat der Reichspräsident dem Generalmusikdirektor Dr. Wilhelm Furtwängler die Goethe-Medaille für Kunst und Wissenschaft verliehen.

Adolf Reuber †. In Kiel ist im 88. Lebensjahr der Chirurg Geheimrat Dr. Dr. Gustav Adolf Reuber, Schöpfer der Kieps, gestorben.

### Kurze Nachrichten

Der Reichspräsident stattete auf dem Wege der Öffentlichkeit allen seinen Dank ab, die ihm telegraphisch oder brieflich Glückwünsche anlässlich seiner Wiederwahl übermittelt.

Deutsch-französische Wirtschaftsverhandlungen. Der zweite Unterausschuß des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses, der sich mit Verkehrsfragen zu beschäftigen hat, ist in Berlin erneut zusammengetreten.

Das Defizit der deutschen Gemeinden. In Vorstandssitzungen des Deutschen und des Preussischen Städtetages wurde festgestellt, daß die deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände für 1932 mit einem Defizit von mindestens 750 Millionen Reichsmark rechnen müßten.

Reichshilfe der Seeschiffahrt. Die Reichsregierung hat von der Garantieermächtigung über 77 Millionen Reichsmark zur Stützung der Seeschiffahrt 7 Millionen Reichsmark für die mittleren und kleineren Untereeder und die Frampreder bestimmt.

Die Leitung der Arbeitgeberverbände. Wie bekannt ist, ist der Generaldirektor der Siemens-Schuckert-Werke, Dr.-Ing. h. c. Karl Rüttgen, als Nachfolger des Geheimrats Vorjig in der Leitung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände in Aussicht genommen.

Koste bekommt Recht. In Sachen einer einstweiligen Verfügung gegen den Oberpräsidenten Koste, die das Landgericht Hannover im Streit um die Verbreitung nationalsozialistischer Flugblattzeitungen während des Osterfriedens ausgesprochen hatte, hat das Oberlandesgericht Celle das Berufungsgericht gesprochen, das einen vollen Erfolg für den Oberpräsidenten darstellt. Die einstweilige Verfügung ist aufgehoben und die Unzulässigkeit des Rechtswegs bejaht worden. Darüber hinaus ist ausdrücklich festgestellt worden, daß von einer willkürlicher Handlung des Oberpräsidenten keine Rede sein könne.

Internationaler Gewerkschaftskongress in Genf. In Genf wurde am Samstag ein großer internationaler Gewerkschaftskongress, an dem Deutschland durch den stellvertretenden Vorsitzenden des IGB, Eggert, vertreten ist, eröffnet, der ausschließlich der Weltwirtschaftskrise und der Methode für ihre Bekämpfung gewidmet ist.

Der Remeltonskilf im Juni vor dem Haager Gerichtshof. Gemäß einer vom Präsidenten des Haager Gerichtshofes getroffenen Entscheidung muß das schriftliche Vorverfahren so rechtzeitig beendet sein, daß die Verhandlung im Remeltonskilf im Monat Juni beginnen kann.

### Gaswolke über Harburg

W.D. Harburg, 18. April. (Tel.) Auf einem an den 6 v. burger Landungsbrücken liegenden Dampfer erkrankten am Sonntagmorgen acht Personen durch eine starke Gaswolke, die aus der Richtung Harburg-Wilhelmsburg kam. Man vermutet, daß es sich bei den Gasen entweder um Salzsäure, Chlor oder schweflige Säure handelt. Da alle Stoffe stark zerlegt wurden, mit denen man den Niedererschlag auf den Metallteilen des Dampfers „Courier“ zu entfernen versuchte, so liegt die Vermutung nahe, daß es sich möglicherweise doch um Chlor gehandelt hat. Man nimmt an, daß das Gas aus einem Harburger Betrieb stammt.

### Ein Sensationsprozess in Birmasens

Wegen aktienrechtlicher Untreue haben sich vor dem erweiterten Schöffengericht Birmasens zu verantworten: Geheimere Kommerzienrat Dr. jur. Dr. med. h. c. Richard Profien aus Heidelberg, Rechtsanwält Friedrich König aus Mannheim und Kommerzienrat Julius Goertz aus Wiesbaden. Sie sollen als Vorsitzender bzw. Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands der Gebr. Fahr AG, Birmasens, 400 000 RM. veruntreut haben. Profien war wegen Krankheit nicht vor Gericht erschienen. Außer den Genannten waren an den Verfestungen noch der Kommerzienrat Wendel und die Aufsichtsratsmitglieder v. Wagner und v. Heyden beteiligt, die jedoch alle drei vor Jahren bereits gestorben sind. Der Gesamtbetrag der Unterzahlungen soll sich auf mehrere Millionen belaufen. Die Angeklagten können jedoch wegen des größten Teiles der Verfestungen nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden, weil sie bereits verjährt sind.

Kommerzienrat Goertz wurde wegen fortgesetzter aktienrechtlicher Untreue zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt, außerdem zu einer Geldstrafe von 5000 RM. Es wurde Haftbefehl erlassen. König wurde freigesprochen. — In der Urteilsbegründung heißt es, daß Goertz über den Vermögensstand der Firma im Bilde gewesen sei. Er habe die Bilanz aufgestellt und die Buchungsforn angegeben. Er habe also vorfänglich und absichtlich gehandelt, er habe aus reiner Geldgier gehandelt, und zwar zu einer Zeit, als die Firma sehr ungünstig stand.

### Aleine Chronik

Bei Mondschein, fernem klarem Himmel und Windstille startete in Friedrichshafen das Luftschiff „Graf Zeppelin“ heute, Montag, früh um 0.06 Uhr zu seiner dritten Südamerikafahrt unter Führung von Dr. Eckener. An Bord befanden sich fünf Passagiere.

Zu einer Schlägerei zwischen Kommunisten und Anhängern der Eisernen Front kam es am Sonntagabend nach einer Kundgebung der Eisernen Front in Hirschesheim (Hessen). Ein junger Mann aus Hirschesheim wurde erschossen. Zwei junge Burtschen aus Hirschesheim wurden durch Messerstücke verletzt.

Das Düsseldorf-Schwurgericht verurteilte den 44-jährigen Arbeiter Karl Bischoff wegen Sittlichkeitsverbrechens u. v. zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe. Bischoff hatte im Juni 1928 einen achtjährigen Schüler bei einem Sittlichkeitsverbrechen ums Leben gebracht.

Bei einer Kundgebung der Eisernen Front in Wiesbaden kam es während des Aufmarsches zu Schlägereien mit politischen Gegnern. Ein Nationalsozialist wurde verletzt, mehrere Personen festgenommen.

Auf dem Unter-Idersee bei Prenzlau kenterte am Sonntag ein Biteruderboot mit Steuermann. Eine Person konnte gerettet werden, vier Personen ertranken.

Die drei in Stockholm verhafteten Direktoren der Kreuger & Zell AG. haben eingekauft, an den Bilanzverfestigungen teilgenommen zu haben, durch die der bilanzmäßige Gewinn der verschiedenen Gesellschaften sich erhöhte.

Die Stockholmer Zeitung „Sozialdemokraten“ stellt Behauptungen über angebliche Unterstützung des Faschismus durch Kreuger auf. Auch von Hitler sei eine Quittung über 100 000 Reichsmark gefunden worden.

In Toulon wurden bei Seearbeiten in etwa 100 Meter Tiefe Heliumgas festgestellt.

In Sinai ist Schloß Joffor, die Sommerresidenz des rumänischen Königs, vollständig eingestürzt worden.

Nach einer Meldung aus Bangkok stürzte die Fliegerin Marga v. Gorb bei Bangkok ab. Ihr Apparat wurde zertrümmert, doch erlitt die Fliegerin nur leichtere Verletzungen.

# Badischer Teil

## Anträge der Städte zur Wohnungspolitik

Der Badische Städteverband und Badische Städtebund haben in einer erneuten Eingabe gegen die Gestaltung des Haushaltes der Wohnungsfürsorge schwere Bedenken erhoben. Sie fordern in ihren Anträgen zum Staatsvoranschlag aufs neue die Wiedereinführung eines Wohnungsbauteiles des Landes aus der Gebäudesteuer zur Entlastung des Neubaues. Ferner wird verlangt, daß den Städten und Wohnungsverbänden ihre Wohnungsbauarbeiten zum mindesten in Höhe ihres örtlichen Aufkommens zu Eigentum zurückgegeben werden. Schließlich wird der Standpunkt vertreten, daß die Städte und Wohnungsverbände wenigstens so viele Mittel aus ihrem Wohnungsanteil zurückerhalten, als sie zur Deckung ihrer früher für die Förderung des Wohnungsbaues übernommenen Verpflichtungen benötigen. Zum Schlusse heißt es, der Landtag könne diesen Anträgen um so eher entsprechen, als die hier vorgeschlagenen Maßnahmen bei voller Ausdehnung des Haushaltes der staatlichen Wohnungsfürsorge durchgeführt werden könnten.

## Die Städteorganisationen für Streichung der Schulbeiträge

Der Badische Städteverband und der Badische Städtebund richteten an den Badischen Landtag eine erneute Eingabe um Streichung der Schulbeiträge. Die durch Notgesetz vom 9. Juli 1931 vorgenommene Schullastverteilung, die für die Gemeinden eine Mehrbelastung für die Rechnungsjahre 1932 und 1933 von jährlich 5,16 Millionen Reichsmark bringe, empfanden diese als eine unbillige Härte, zumal der gemeindliche Fiskus geübt in das Ingeheuerliche wache und die Mittel aufzehre.

Als Ausgleich für die Schulbeiträge erhielten die Gemeinden zunächst die Hälfte der Ersparnisse des Landes aus den gekürzten Beamtengehältern, dann aber hätte die Regierung von der ihr durch Reichsverordnung erlaubten Einbehaltung dieser Ersparnisse Gebrauch gemacht ohne ausgleichende Gebührens- und Schulbeiträge. Eine Beteiligung an den Ersparnissen wäre aber das Mindeste dessen gewesen, was nach Sachlage hätte erwartet werden können. Angesichts der immer weiteren Verschärfung der Lage der Städte müsse dringend gefordert werden, daß das Land endlich die unerträgliche Mehrbelastung der Gemeinden rückgängig mache.

## Landesausschuss für den Badischen Landwirtschaftlichen Verein

Nach einer am Freitag vorausgegangenen Sitzung des Gesamtvorstandes fand am Samstag in Karlsruhe die ordentliche Sitzung des Landesausschusses des Badischen Landwirtschaftlichen Vereins statt. An Stelle des ausgeschiedenen bisherigen ersten Vorsitzenden führte der stellvertretende Vorsitzende, Gutsbesitzer Mertens (Mittelsdorf), Durack, die Verhandlung. Vertreter entsandten der Minister des Innern, die Landwirtschaftskammer und der Verband der unterbadi-schen Pflanzengesellschaften. Vor Eintritt in die Beratungen gab die Vorsitzende die kürzlich verstorbenen Oberregierungsrats Cronberger, der sich besonders um die Förderung der badischen Landwirtschaft verdient gemacht hatte. Die Mitgliederzahl betrug mit Jahresbeginn 29421. Die Tätigkeit war in bezug auf die Förderung der Landwirtschaft im Rahmen der vorhandenen Mittel vielfältig. Geschäftsführer Wilmann berichtete über das Warengeschäft im vergangenen Jahre, das befriedigend zu nennen sei angesichts der ungünstigen Wirtschaftslage, und nach dem Rechnungsergebnis eine wenn auch geringe Vermögensmehrung brachte. Der Verein wird sich an der 38. Wanderversammlung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (31. Mai bis 5. Juni) in Mannheim beteiligen. — Der Landesausschuss gab seine Zustimmung zu einem Empfehlungsvertrag mit der Haftpflichtversicherungsgesellschaft für den badischen Landwirtschaftlichen Verein.

Dann berichtete der Vorsitzende über den Verlauf der im vorigen Jahre erneut aufgenommenen Verhandlungen zwecks Überführung einer Verbindung des Badischen Landwirtschaftlichen Vereins mit dem Landesverband der Vereine der ehemaligen landwirtschaftlichen Schüler, wozu auch heute noch Geneigtheit bestehe. Des ferneren regelte der Landesausschuss entsprechend der Notverordnung die Bezüge der Beamten und Angestellten des Vereins. — Bei der vorgenommenen Neuwahl des Vorstandes wurde Gutsbesitzer Mertens zum ersten Vorsitzenden gewählt.

## Aus der badischen Landwirtschaft

Ein Aufruf der Landwirte. Der Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Baden e. V., Karlsruhe, sowie der Badische Bauernverein e. V., Freiburg, und der Badische Landwirtschaftliche Fachorgan, „Der fortschrittliche Landwirt“ einen Aufruf, in dem die unbarmherzige Not geschildert wird, die seit Monaten in fast allen badischen landwirtschaftlichen Kreisen zuhause ist. Es heißt dann weiter: Unser Appell an die Staatshilfe hat an der zuständigen Stelle viel Verständnis gefunden. Aber die Hilfsmöglichkeiten des Staates sind in der heftigen Zeit ebenfalls beschränkt. Sie müssen durch die Selbsthilfe ergänzt werden. — Zum Schluss wird die sofortige Einleitung von Getreideanlieferungen in den badischen Getreideerzeugungsgebieten zugunsten der notleidenden Schwarzwaldbauern, zu deren übrigen Nöten noch der Hunger gekommen ist, empfohlen.

Die badische „Grüne Woche“ in Freiburg. Die verschiedenen badischen landwirtschaftlichen Organisationen berufen ihre Haupt- und Generalversammlungen für 25. und 26. April nach Freiburg ein. Der anfängliche Plan, diese Versammlungen in Verbindung mit der Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Mannheim abzuhalten, wurde aufgegeben. Die zuständigen Organe (Verbandsausschuss, Aufsichtsrat der Bad. Landwirtschaftsbank, Bauernbank, und der Aufsichtsrat der Badischen landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft) entschlossen sich für Freiburg. Es wird dazu am Bad. landw. Genossenschaftsblatt noch mitgeteilt, daß die genossenschaftliche Organisation die Kritik des Sommers 1931 aus eigener Kraft überstanden hat. Die genossenschaftlichen Zentralinstitute, die Badische Landwirtschaftsbank (Bauernbank) e. G. m. b. H. und die Badische landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft e. G. m. b. H. haben wieder ein erfreuliches Geschäftsergebnis zu verzeichnen. Es lagen am 26. April in der Festhalle der Verband landw. Genossenschaften (3. Verbandstag) und der Badische Molkereiverband. Ihnen voraus gehen am 25. die Generalversammlungen der Badischen Landwirtschaftsbank (Bauernbank) und der Badischen landw. Zentralgenossenschaft.

300 000 Franken zur Erwerbung von Gemälden. Der Vasser-Gesetz Rat bewilligte einen Kredit von 300 000 Franken zur Erwerbung von Gemälden für die öffentliche Kunstsammlung. Ferner beschloß der Rat die Erstellung einer Sportanlage bei St. Jakob, deren Kosten einschließlich Anwerberwert sieben Millionen Franken betragen.

## Aus der Landeshaupstadt

### Verbilligte Rundreisefarten!

Vom 1. Mai an unternimmt die Reichsbahn einen neuen Versuch zur Verbilligung größerer Reisen, indem sie in Baden und angrenzenden Gebieten nunmehr 43 verschiedene Rundreisefarten mit einer Fahrpreisermäßigung von 25 Prozent gegenüber dem gewöhnlichen Fahrpreis ausgibt.

Die Karten bestehen nur für bestimmte Verbindungen, die durch Anschlag bei den Bahnhöfen und Mitteleuropäischen Reisebüros bekanntgegeben werden. Liegt eine Rundreisefarte bei einem Bahnhof oder Mitteleuropäischen Reisebüro nicht auf, so muß sie drei Tage vorher bestellt werden. Die Rundreisefarten gelten für alle Personenzüge, Eil- und Schnellzüge dürfen gegen Zahlung des tarifmäßigen Zuschlags benutzt werden, FD-, FFD-Zugzüge sind dagegen ausgeschlossen. Bei der Benützung von Eil- und Schnellzügen bietet die Rundreisefarte insofern einen schätzenswerten Vorteil, als der Zuschlag auf Antrag des Reisenden nicht für einzelne Teilstrecken oder getrennt für Hin- und Rückfahrt, sondern für die Gesamtentfernung berechnet und für die gesamte Rundreise gültig geschrieben wird. An Kinder vom vollendeten 4. bis zum vollendeten 10. Lebensjahr werden Rundreisefarten zum halben Preise ausgegeben.

Die Geltungsdauer der Karten beträgt für Entfernungen bis 200 Kilometer 15 Tage und für größere Entfernungen 30 Tage, den Tag der Ausgabe mitgerechnet. Die Gültigkeit erlischt um Mitternacht des letzten Geltungstages. Die Fahrt kann mit der Rundreisefarte auf einen beliebigen Bahnhof des Reisewegs in der einen oder anderen Richtung angetreten, sie muß aber in der einmal eingeschlagenen Richtung durchgeführt werden. Fahrtunterbrechungen sind innerhalb der Geltungsdauer beliebig oft und beliebig lange zulässig. Die Karten sind nicht übertragbar und müssen nach Beendigung der Fahrt abgegeben werden.

Das Weitere ist aus den Anschlägen zu ersehen und durch Auskunft an den Fahrkartenschalter zu erfahren.

Rachspiel zum Levita-Prozess. Auf die Berufung des früheren Verlegers der „Badischen Volkszeitung“, des Buchdruckereibesizers Johannes Pfeifer aus Baden-Baden, der vom Schöffengericht Karlsruhe am 19. Dezember im Levita-Prozess wegen versuchter Erpressung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden war, sprach am Samstag die Strafkammer gegen Pfeifer wegen versuchter Erpressung eine Geldstrafe von 300 M an Stelle einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten aus.

Nationalsozialistische Demonstration verurteilt. Bei den Straßenkundgebungen in Karlsruhe aus Anlaß der Auflösung der SA und SS. wurden insgesamt 36 Personen festgenommen. Ein Teil von ihnen wurden bereits dem Schnellrichter zugeführt, der in drei Fällen die Angelegenheit den ordentlichen Gerichten übergab und in zwei Fällen eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen und eine Geldstrafe von 30 M verhängte.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Montagmorgen: In Süddeutschland war das Wetter am Samstag und Sonntag meist trübe und regnerisch. Über Nordspanien ist eine neue atlantische Zyklone angelommen, die nach Süden vorrückt und ozeanische Luft heranführt. Der Witterungscharakter wird daher bei uns veränderlich bleiben. Voraussage: Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters.

## Kurze Nachrichten aus Baden

ld. Mannheim, 16. April. Die Ausgabe des „Kaiserkriegsbanner“ vom Freitag wurde auf Grund der Notverordnung vom 28. März 1931 beschlagnahmt. Das Blatt brachte einen Artikel mit der Überschrift „Die Kreise ist das Herz der Ehre“, der Ausführungen enthält, in denen eine Verleumdung und Herabwürdigung leitender Beamter des Staates, insbesondere des Reichspräsidenten und des badischen Innenministers, erlöhrt wird.

ld. Zell a. S., 17. April. Die Landesgemeinschaft Badischer Bürgermilitien hielt unter dem Präsidium des Herrn Kopf, Zell a. S., über das Wochenende eine Tagung in dem alten Reichshaus ab, das festlich geschmückt hatte und in alt-ehrwürdigen heimlichen Gebäuden willkommen hieß. Die Veranstaltung wurde eingeleitet mit einem schönen Heimatabend, bei dem der bekannte Heimatforscher, Studentat Ditt, Zell, einen sehr interessanten Vortrag über Entwicklung und Geschichte der Bürgerwehr von Zell hielt. Nach dem traditionellen Vollerheben am Sonntag früh und einem feierlichen Gottesdienst fand in dem feierlich geschmückten Rathausaal unter Kopfs Leitung die Landesvertretertagung statt. Begrüßt wurden u. a. Landeskommissar Schwörer, Professor Busse, und Dr. Brensinger von Landesverein Badische Heimat, und die aus dem ganzen Lande und dem Schwarzwald zusammengekommenen Kameraden. Die Gemeinschaft umfaßt zehn Wehnen mit ungefähr 500 Mann. Die Einladung Billings, im Jahre 1933 dort das nächste Treffen abzuhalten, wurde angenommen. Die übernächste Tagung soll in Bretten stattfinden. Nach dem Festessen, bei dem in Neben der Heimatliebe und der Aufrechterhaltung alt-ehrwürdiger Traditionen das Wort gesprochen wurde, zog sich ein imposanter Festzug durch die festlich geschmückten Straßen.

D3. Vörrad, 16. April. Auf der Rückreise von Italien war in einem Hotel in Vörrad der 42 Jahre alte Chemiker Dr. Wilhelm Giulini, Mitinhaber der Firma Gebr. Giulini in Ludwigschafen a. Rh. (Zonerbeilage und Kunstbühnen), abgestiegen. Er machte den Eindruck eines schwerkranken Menschen. Gestern Abend nun hat Dr. Giulini in dem Vörrader Hotel seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. Ein altes Herzleiden, als dessen Folgen nervöse Depressionen auftraten, dürfte die Ursache des Selbstmordes sein, keinesfalls gescheitliche Motive.

D3. Grafenhausen (Amt Neustadt), 17. April. Im Alter von 82 Jahren ist Altbürgermeister Raimund Fritsch gestorben, der 30 Jahre hindurch an der Spitze der Gemeinde stand. 45 Jahre perlah der Verstorbenen die Postagentur. Im Kirchchor wirkte er fast 70 Jahre als Sänger.

## Handel und Wirtschaft

### Devisennotierungen der Reichsbank

Währung	15 April		16 April	
	100	100	100	100
Amsterdam 100 G.	170.68	171.02	170.68	171.02
Kopenhagen 100 Kr.	87.01	87.19	86.76	86.94
Paris 100 F.	21.63	21.67	21.63	21.67
London 100 £.	15.90	15.94	15.87	15.91
New York 100 \$.	4.209	4.217	4.209	4.217
Basel 100 Fr.	16.605	16.645	16.61	16.65
Schweiz 100 Fr.	81.82	81.98	81.86	82.02
Wien 100 Schilling	49.95	50.05	49.95	50.05
Prag 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. April 1932 hat sich in der 2. Aprilwoche der Umlauf an Reichsbanknoten um 85,3 Mill. auf 4000,4 Mill. Reichsmark, derjenige an Rentenbankscheinen um 3,7 auf 402,6 Mill. Reichsmark verringert. Die Bestände an Gold und bedienungsfähigen Devisen haben sich um 32,7 Millionen auf 987,8 Millionen Reichsmark vermindert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 19,0 Millionen auf 859,8 Millionen Reichsmark und die Bestände an bedienungsfähigen Devisen um 13,7 Millionen auf 128,0 M abgenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und bedienungsfähige Devisen beträgt 24,7 Proz. gegen 25 Proz. in der Vorwoche.

Geplante Senkung der Branntweinsteuer. Nach dem von der Reichsmonopolverwaltung herausgegebenen Abfahrtsbericht für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März, ist der Absatz von Trinkt Branntwein auf 46 726 Hektoliter gegenüber 87 764 Hektoliter in der gleichen Zeit des Vorjahres gesunken. Das bedeutet ein fast völliges Stoden des Trinkt Branntweinabsatzes. Im gleichen Quartal des Betriebsjahres 1928/29 wurden noch 223 678 Hektoliter abgesetzt. Das Reichsministerium wird in einer seiner nächsten Sitzungen über die Ermäßigung der Branntweinsteuer beschließen. Geplant ist eine Senkung der Hektoliterteuer von 4 M. auf 2,50 M., was eine Herabsetzung des Verkaufspreises der Monopolverwaltung von 6 auf 4 M. zur Folge haben wird.

Sinner AG, Karlsruhe-Grünwinkel. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1931 beginnt mit einem ehrenvollen Nachruf für den verstorbenen Generaldirektor, Geh. Kommerzienrat Dr. h. c. Robert Sinner, und beschäftigt sich dann mit der Lage des Brauereigewerbes im allgemeinen. Durch die Erhöhung der Biersteuer habe das Bier einen Preisstand erreicht, der es als Volksgetränk ausschaltete. Der Verbrauch ging schnell und erheblich zurück, am meisten in Süddeutschland, wo der billige steuerfreie Wein eine verheerende Konkurrenz darstellte. Ebenso hat der Fiskus ein schlechtes Geschäft gemacht; anstatt Mehreinnahmen zu erzielen, erlitt er wesentliche Ausfälle. Seit Ermäßigung der Biersteuer habe bereits ein gewisses Anziehen im Absatz stattgefunden. 1931 ist der Bierabsatz der Gesellschaft um 36,5 Proz. gesunken. Vier Wirtschaftsanfragen mußten in der Zwangsversteigerung übernommen werden. Der Absatz in Preßhöhe hielt sich ungefähr in der vorjährigen Höhe, aber die Preise gingen auf Anträgen der Bäderwirtschaft weiter zurück. Im Spirituosen- und Nahrungsmittelgeschäft war die Konjunktur rückläufig, das gleiche gilt für die Glasbütte. Die Landwirtschaftsbetriebe arbeiteten mit einem geringen Verlust. Die auswärtigen Beteiligungen brachten eine entsprechende Verjüngung. In eigenen Aktien besitzt die Gesellschaft nominell 544 800 M. Hier von sind im abgelaufenen Geschäftsjahre nominell 7800 M. zum Kurse von 67,25 Proz. erworben. In Übereinstimmung mit dem Aufsichtsrat schlägt die Direktion vor, von diesen eigenen Aktien nominell 500 000 M. einzuziehen. Dadurch wird das Kapital von 6,5 Millionen auf 6 Millionen herabgesetzt. Durch die Einziehung ergibt sich jedoch ein Budgetgewinn von 185 300 M. Davon will man 55 300 M. zu Sonderabschreibungen auf Wirtschaftseinrichtungen, 100 000 M. auf das Konto Wertpapiere und Beteiligungen, 30 000 M. auf Hypotheken verwenden. Von dem Rohüberschuss von 929 606 M. sollen nach dem Vorschlag des Vorstandes abgeschrieben werden: auf Gebäude, Wirtschaften und Gerätschaften 200 900 M., auf zweifelhafte Forderungen 50 000 M., so daß zur Verfügung der Generalversammlung noch verbleiben 678 706 M. Hieraus sollen 6 Proz. Dividende aus 6 Millionen Reichsmark Aktienkapital zur Verteilung kommen. Nach Abzug der statutarischen Vergütung an den Aufsichtsrat mit 12 000 M. ergibt sich ein Gewinnvortrag auf neue Rechnung von 306 706 M. Der Vermögensnachweis auf 31. Dezember 1931 schließt mit 15 598 856 M. ab. Die Grundstücke, Fabriken und Gebäude in Karlsruhe-Grünwinkel und Groß-Maslow, die 52 eigenen Wirtschaften, sonstigen Liegenschaften und Gerätschaften stehen mit insgesamt 10 289 500 M. zu Buch, die Wertpapiere und Beteiligungen mit 792 320 M., die Vorräte mit 1 477 069 M. Dazu kommen Außenstände mit 3 037 966 M. Die gesetzliche Rücklage beträgt 1,3 Millionen, die Rücklage für besondere Zwecke 1 Million, die Rücklage für Arbeiterwohlfahrtszwecke 40 000 M. Auf den Fabriken, Wirtschaften und Wohnhäusern ruhen 2 157 020 M. Hypotheken. Die Handlungskosten einschließlich Staats- und Gemeindeabgaben beziffern sich auf 880 610 M. 46. ordentliche Generalversammlung Dienstag, den 26. April, nachm. 3 Uhr. Gemeinrat Dr. Bing, der seit über 30 Jahren Vorsitzender des Aufsichtsrats war, wird kein Amt aus Alters- und Gesundheitsrücksichten niederlegen.

Silke für eine Baden-Badener Genossenschaftsbank. Das Reichswirtschaftsministerium hat dem Gesuch der Gewerbe- und Handelsbank Lichtental in Liquidation entsprochen und ihr einen verlorenen Zuschuß in Höhe von 200 000 M. aus dem Nationalisierungsfonds der gewerblichen Genossenschaften bewilligt.

Zahlungseinstellung der Deutscher Kreditverein AG, Berlin. Die mit einem Kapital von sechs Millionen Reichsmark ausgestattete Deutscher Kreditverein AG, Berlin, hat mit dem heutigen Montag die Zahlungen eingestellt. Die Firma hat sich an ihre Kundschaft gewandt und mitgeteilt, daß sie beabsichtigt, zu liquidieren, da es ihr durch die fortschreitende Krise unmöglich sei, die Außenstände in dem zur Aufrechterhaltung der Liquidität notwendigen Umfange einzuziehen. Es wird eine ruhige Abwicklung der Liquidation zwecks möglicher Verminderung von Verlusten angestrebt.

J. G. Farben. Der Aufsichtsrat der J. G. Farben wird der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 7 Proz. gegen 12 Proz. im Vorjahre, vorschlagen.

Der schweizerische Außenhandel im ersten Vierteljahr 1932 verzeichnet ein Defizit der Handelsbilanz von 240,9 Millionen gegen 145 Millionen Schweizer Franken im ersten Vierteljahr 1931.

Die ungarische Nationalbank hat mit Wirkung vom 18. April den Diskontsatz auf 7 auf 6 Proz. herabgesetzt.

## Staatsanzeiger

### Personeller Teil

Ernennungen, Veretzungen, Zurruhestellungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.

#### Ernannt:

Der außerplanmäßige Bachmeister Alfred Kuffler an Physiologischen Institut der Universität Heidelberg zum Bachmeister daselbst; der außerplanmäßige Bachmeister Theodor Wepfacher am elektrotechnischen Institut der Technischen Hochschule Karlsruhe zum Bachmeister daselbst.

Auf Ansuchen in den einstweiligen Ruhestand versetzt: Studienrat Anton Weisenecker am Realgymnasium in Weinheim

## TODES-ANZEIGE

Mein lieber Mann, mein guter Vater  
**Medizinalrat**  
**Dr. ALBERT MANZ**  
ist am Donnerstag Mittag um 1 Uhr nach schwerer Krankheit  
gestorben im fast vollendeten 65. Lebensjahre.

In tiefer Trauer:  
**Frau Caroline Manz**  
**Ruth Manz**  
Mannheim O 7, 14. L.822

Die Beerdigung fand am Samstag Mittag in Zell a. H. statt.

### Münchener Jubiläums-Pferdelotterie

Auf die im badischen Staatsgebiet zugelassenen Lose sind nach der am 9. April 1932 vorgenommenen amtlichen Ziehung folgende Treffer gefallen:

Auf Los-Nr. 48 887 ein Pferd i. B. v. 1500 RM.  
Je 100 RM auf Los-Nr. 6670, 41468.  
Je 10 RM auf Los-Nr. 3456, 6998, 15821, 32283, 41060, 41168, 48732, 50048, 50237.

Folgende Endnummern gewinnen in sämtlichen Tausendern je 2 RM bar: 011, 020, 123, 146, 155, 175, 195, 223, 228, 248, 250, 325, 329, 354, 363, 468, 476, 503, 523, 573, 592, 608, 615, 630, 684, 704, 716, 781, 849, 857, 887, 888, 977, 994. Ferner gewinnen 2 RM: Los-Nr. 41469, 48889, 50212 und 77719. L.821

B.948. Karlsruhe. Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Firma **Ernst Ungerath**, Buch-, Papier- und Schreibwarenhandlung in Karlsruhe, Gabelsbergerstr. 1, wurde nach Bestätigung des im Termin vom 23. März 1932 angenommenen Vergleichs aufgehoben. Das allgemeine Veräußerungsverbot verliert damit für die Zukunft seine Kraft. Karlsruhe, den 5. April 1932. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 4.



### Badisches Landestheater

Dienstag, den 19. April 1932  
\*B 24. Th.-Gem. 601-700  
Neu einstudiert

#### Wenn der junge Wein blüht

Aufspiel von Björnson  
Regie: Herz  
Mitwirkende:  
Bertram, Ehrhardt, Ermarth, Erbig, Genter, Mademacher, Erbin, Geising, Schneider, Hiel, Luther, Söulze, Grimm

Anfang 20 Ende 22  
Preise A (0,60-3,50 RM)

Wi.20.4. Vor Sonnenuntergang. Do.21.4. Das Herz. Fr.22.4. Der Rosenkavalier. Sa.23.4. Zum erstenmal: Der 18. Oktober. So.24.4. Nachmittags: Im weißen Rösch. Abends: Hoffmanns Erzählungen. Im Konzerthaus: Keine Vorstellung.

## Zentralhandelsregister für Baden

**Vonnorf, Schw. B.861**  
Handelsregister.  
Firma **Vonnorfer Volksblatt, Aktiengesellschaft** für Druck und Verlag in Vonnorf: An Stelle des ausgeschiedenen Stadtpfarrers Altmeiweiler ist Stadtpfarrer Franz Haber Huber in den Vorstand gewählt.  
Vonnorf (Schwarzw.), den 8. März 1932.  
Amtsgericht.

**Bruchsal. A.891**  
Handelsregister.  
Vd. I O.-B. 58: Firma **Polzindustrie Bruchsal, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Bruchsal. Nach dem Beschlusse der außerordentlichen Gesellschafterversammlung vom 30. Dezember 1930 ist das Stammkapital auf 50 000 Reichsmark herabgesetzt worden.  
Bruchsal, 4. April 1932.  
Amtsgericht I.

**Karlsruhe. B.921**  
Handelsregister.  
1. **Diplomingenieur Wilhelm Gassel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung**, Karlsruhe: Die Vertretungsbefugnis des Liquidators Dr. rer. pol. Otto Rudelwald ist beendet. Maria Köpfer, Jodgrin ist zum Liquidator bestellt.  
2. **Verwaltungsgesellschaft, Kaiserallee 121 mit beschränkter Haftung**, Karlsruhe: Die Vertretungsbefugnis des Geschäftsführers Dr. rer. pol. Otto Rudelwald ist beendet. Maria Köpfer, Jodgrin ist als Geschäftsführerin bestellt.  
3. **Gesellschaft für neue Bauweisen (Geneba), Gesellschaft mit beschränkter Haftung**, Karlsruhe: Die Vertretungsbefugnis des Geschäftsführers Dr. Otto Rudelwald ist beendet. Maria Köpfer, Jodgrin ist als Geschäftsführerin bestellt.  
4. **Richtspiele, Hans A. Kaspar, Gesellschaft mit beschränkter Haftung**, Karlsruhe: Durch Beschluß der Gesellschafter vom 3. März 1932 wurde der Gesellschaftsvertrag in § 6 (Veränderung von Geschäftsanteilen) geändert und durch Verfügung des § 12 (Schiedsgericht) ergänzt. Als weiterer Geschäftsführer ist bestellt: Alfred Spier, Kaufmann, Karlsruhe.  
5. **Deutsche P.-S.-Lampen-Gesellschaft mit beschränkter Haftung**, Karlsruhe: Durch Gesellschafterbeschlusse vom 2. März 1932 wurde der Gesellschaftsvertrag in den §§ 1 und 2 Abf. 1 geändert. Hiernach ist die Firma geändert in: **Sistrach-Richt-Gesellschaft mit beschränkter Haftung**. Gegenstand des Unternehmens ist nunmehr: Die Herstellung und der Vertrieb von Beleuchtungsgeräten aller Art, insbesondere der Vertrieb und die Herstellung von Sistrach-Beleuchten. 7. April 1932.  
6. **Süddeutsches Dental-Depot G. Robile, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** Karlsruhe: Die Firma ist erloschen. 8. April 1932.  
7. **Wleinische Schwemmerstein-Industrie, Friedr. Chr. Kiefer Erben, Gesellschaft mit beschränkter Haftung**, Karlsruhe: Durch Gesellschafterbeschlusse vom 8. Dezember 1931 und 11. März 1932 wurde das Stammkapital um 5 100 RM auf 20 100 RM erhöht und der Gesellschaftsvertrag in § 4 entsprechend geändert. Arthur Weimisch, Regierungsbaumeister a. D., Karlsruhe, ist zum Geschäftsführer bestellt. 9. April 1932.  
Amtsgericht Karlsruhe.

**Karlsruhe. B.922**  
Handelsregister.  
1. **Ludwig Wiedemann, Karlsruhe**: Die Firma ist erloschen. 2. April 1932.  
2. **„Motrey“ Leuprecht & Co., Karlsruhe**: Hans

Nehm ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Kaufmann Bruno Lange, Karlsruhe, ist zum Liquidator bestellt.  
3. **Carl August Nieten & Co., Karlsruhe**: Die Procura des Wilhelm Klusmann ist erloschen. Dem Kaufmann Ernst Kniebes, Karlsruhe, ist Gesamtprocura erteilt; er ist berechtigt, gemeinsam mit einem anderen Prokuristen die Gesellschaft zu vertreten. 6. April 1932.  
4. **Fritz Röll, Karlsruhe**: Die Firma ist erloschen. 6. April 1932.  
5. **Gebrüder Ziegler, Karlsruhe**: Offene Handelsgesellschaft mit Beginn am 1. Januar 1932. Kaufmann Johannes Klumpp, Karlsruhe, ist als persönlich haftender Gesellschafter in das Geschäft eingetreten, dessen Procura ist erloschen. 9. April 1932.  
Amtsgericht Karlsruhe.

**Rehl. B.844**  
Handelsregister: Firma **Arthur Schradl in Rehl**: Die Firma ist erloschen. Rehl, 9. März 1932.  
Amtsgericht II.

**Vörrach. B.886**  
Handelsregister.  
Vom 20. Februar 1932:  
**Richard Dattler & Co., Vörrach**: Kommanditgesellschaft: Persönlich haftender Gesellschafter ist Kaufmann Richard Dattler in Zitzern. Beiliegend sind zwei Kommandititellen. Dem Kaufmann Ernst Gödel in Vörrach ist Einzelprocura erteilt. Die Gesellschaft hat am 16. Februar 1932 begonnen.  
Vom 22. Februar 1932:  
**Manufaktur Koehlin, Baumgartner & Cie., Aktiengesellschaft, Vörrach**: Die Vertretungsbefugnis der Vorstandsmitglieder Charles Schwarz und Paul Seidel ist beendet. Arno Steiner in Vörrach ist zum Prokuristen bestellt mit der Eigenschaft eines Direktors und ist berechtigt, gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied oder einem stellvertretenden Vorstandsmitglied die Gesellschaft zu vertreten und für sie zu zeichnen.  
Vom 1. März 1932:  
**Lebensmittel-Knoll, Inh. Ida Knoll, Halingen**: Inhaber: Kaufmann Erwin Knoll Ehefrau, Ida geborene Mengsdorf, Halingen.  
Vom 2. März 1932:  
**Handelsgesellschaft für Drogen und Chemikalien m. b. H., Vörrach**: Die Firma wird von Amts wegen gelöst.  
Vom 9. März 1932:  
**Wannheim. B.887**  
Handelsregister.  
Vom 9. März 1932:  
**Gebrüder Reuling, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim**: Kaufmann Peter Bauer in Mannheim ist zum weiteren Geschäftsführer bestellt.  
**G. Zahn & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim**: Elisabeth Kast, Mannheim, und Richard Ennesofer, St. Leonhard (Wald), sind zu Prokuristen so bestellt, daß jedes von ihnen in Gemeinschaft mit einem Prokuristen zur Zeichnung der Firma berechtigt ist.  
**Verein Deutscher Schiffbrüthen, Mannheim**: Die Generalversammlung vom 15. Februar 1932 hat durch Beschluß den § 15 Ziffer 4 b des Gesellschaftsvertrags (Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats) abgeändert und ferner die bisherigen Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags über die Zusammensetzung und über die Bestellung des Aufsichtsrats neu beschlossen.  
**Gebrüder Bierburg, Aktiengesellschaft, Zweigniederlassung Mannheim** in Mannheim als Zweigniederlassung der Firma Ge-

brüder Bierburg, Aktiengesellschaft, Berlin: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 14. Dezember 1931 ist die Gesellschaft aufgelöst. Zu Liquidatoren sind bestellt: Kaufmann Walter Guttmann, Berlin-Charlottenburg, Kaufmann Dr. Günther Kauf, Berlin. Sie vertreten die Gesellschaft gemeinschaftlich. Erloschen: Hugo Reise, August Willmann, Erich Krause, Paul Lofermann, Dr. Hans Rosenföhrer, Dr. Karl Klingner.  
**Kern & Klumb mit beschränkter Haftung** in Liquidation, Mannheim: Die Firma ist erloschen.  
**„Lomag“ Aktiengesellschaft für Wäpde u. Strickwarenfabrikation, Mannheim**: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Vorstand Kaufmann Hermann Oppenheimer in Mannheim ist Liquidator. Die Firma ist erloschen.  
**Leo Oppenheimer, Mannheim**: Der Geschäftszweig ist jetzt: Großhandel mit Damentonkette und Kosmetikation und Großhandel von bzw. mit Wäpde und Strickwaren.  
**Richard Cron, Mannheim**: Die Firma ist erloschen.  
**Oberheinisches Schiffsfabrik- und Exportations-Kontor, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim**: Otto Gärtner ist nicht mehr Geschäftsführer. Erna Kander geb. Weber in Mannheim-Heidenheim ist zum Einzelprokuristen bestellt.  
**Wab. Amtsgericht, K. O. 4, Mannheim.**

**Offenburg, Bad. B.849**  
Eintrag in das Handelsregister. Abt. A Band II O.-B. 149: Firma **Woh & Cie., Kommanditgesellschaft** Offenburg, Sitz: Offenburg. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Emil Woh, Ehefrau, Julie geb. Hoch, und Wilhelm Dierks Ehefrau, Berta geb. Koch, beide in Offenburg. Es ist ein Kommanditist vorhanden. Dem Kaufmann Richard Dierks in Offenburg ist Procura erteilt.  
Offenburg, 10. März 1932.  
Wab. Amtsgericht III.

**Säckingen. B.839**  
Handelsregister.  
Abt. B zur Firma **Aluminium-Industrie, Aktiengesellschaft (Société Anonyme pour l'Industrie de l'Aluminium)** in Neuhäusen (Schweiz), Filiale bei Rheinfelden (Baden), Zweigniederlassung der Aluminium-Industrie, Aktiengesellschaft (Société Anonyme pour l'Industrie de l'Aluminium) in Neuhäusen (Schweiz), Kanton Schaffhausen: Die Zweigniederlassung ist gelöst.  
Säckingen, 9. März 1932.  
Amtsgericht.

**Schnau, Schw. B.845**  
Handelsregister.  
Vd. I O.-B. 297 E. 599: Firma **Wohlrab & Dehler, Schnau**: Die Gesellschafter sind: Alfred Wohlrab, Baumeister in Delsnig i. B., Reinhard Wohlrab, Tiefbauunternehmer daselbst, Friedrich Dehler, Ingenieur in Schnau, Anna Dehler, geb. Edel, daselbst. Die offene Handelsgesellschaft hat am 7. Januar 1932 begonnen.  
Gesellschafterin Anna Dehler geb. Edel ist von der Vertretung ausgeschlossen.  
Schnau (Schwarzwald), den 9. März 1932.  
Amtsgericht.

**Weinheim. B.841**  
Zum Handelsregister A Vd. I O.-B. 2 zur Firma **Johann Friedrich Lang Sohn** in Heidesheim wurde eingetragen: Die Firma ist auf Regina Kriegerbaum, ledig, in Heidesheim übergegangen.  
7. März 1932.  
Amtsgericht Weinheim.

## Bilanz per 31. Dezember 1931

Aktiva	RM	Passiva	RM
1. Geschäftseinrichtung . . . . .	100,—	1. Aktienkapital	
2. Bankgebäude . . . . .	540 000,—	a) Stamm-Aktien . . . . .	12 000 000,—
3. Kassenbestand, Reichsbank- und Postcheck-Guthaben . . . . .	133 700,09	b) Vorzugsaktien . . . . .	5 000,—
4. Hypotheken, Darlehen auf Feingold-Grundlage darunter 329 895,77 RM Darlehen aus Mitteln der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt; von den übrigen Darlehen waren am Bilanztag im Goldhypothekenregister eingetragen 315 077 877,93 RM . . . . .	315 729 368,—	2. Reservefonds	5 500 000,—
5. Nachstellende Aufwertungs-Hypotheken und ungesicherte Aufwertungs-Forderungen . . . . .	4 060 546,60	3. Pfandbrief-Sicherungs-Reservefonds	1 000 000,—
6. Kommunal-Darlehen (davon im Korporationsforderungen-Register eingetragen 35 492 146,88 RM . . . . .)	36 201 006,01	4. Rückstellung f. das Pfandbriefgeschäft	1 122 319,27
7. Fällige und anteilige sowie rückständige Darlehenszinsen (darunter rückständig 350 286,46 RM . . . . .)	5 805 406,14	5. Rückstellungsfondo I . . . . .	781 420,55
8. Forderungen:		6. Rückstellungsfondo II . . . . .	1 026 547,14
a) bei Banken . . . . .	6 258 900,82	7. Vorträge auf Kostenbeitrags-Konto	670 000,—
b) Lombard-Forderung. 2 517 716,47	9 217 498,60	8. Goldpfandbriefe:	
c) sonstige Forderungen 440 881,31	8 831 923,80	4 1/2% Liquidations-	
9. Wertpapiere . . . . .	931 996,10	Goldpfandbriefe 80 429 550,—	
10. Wertpapiere des Reservefonds und der Stiftungen . . . . .	15 401,—	5% Goldpfandbriefe (Gr. 12575) . . . . .	35 084,25
11. Grundstücks-Konto . . . . .	381 466 936,34	6% Goldpfandbriefe 3208200,—	
		6 1/2% Goldpfandbriefe 3288500,—	
		7% Goldpfandbriefe 36573100,—	
		8% Goldpfandbriefe 191 179 250,—	314 713 684,25
		9. 8% Goldschuldverschreibungen . . . . .	29 955 400,—
		10. Rückständige verlorne Pfandbriefe . . . . .	245 950,—
		11. Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt . . . . .	329 895,77
		12. Anteilige und fällige Zinsen auf Goldpfandbriefe und Goldschuldverschreibungen und rückständige Dividende . . . . .	7 164 404,72
		13. Kreditoren:	
		a) Deposten . . . . .	235 294,59
		b) Sonstige Kreditoren 1 397 504,31	1 632 798,90
		14. Wertberichtigungskonto . . . . .	3 002 136,21
		15. Reservefonds und Stiftungen . . . . .	932 262,22
		16. Beamten-Unterstützungsfonds . . . . .	2 540,61
		17. Gewinn- und Verlust-Konto:	
		Vortrag a. d. Jahre 1930 172 715,49	1 382 576,70
		Reingewinn . . . . .	1 209 861,21
			381 466 936,34

## Gewinn- u. Verlust-Konto per 31. Dezember 1931 Haben

Soll	RM	Haben	RM
1. Allgemeine Geschäftslosten:		1. Vortrag aus dem Jahre 1930 . . . . .	172 715,49
a) Steuern, Stempel und sonstige öffentliche Abgaben 338 284,96		2. Darlehens-Zinsen:	
b) sonstige Unkosten 1 258 147,61	2 096 432,57	a) aus Hypotheken-Darlehen . . . . .	22 975 461,53
2. Pfandbrief- und Kommunal-Obligationen-Zinsen:		b) aus Kommunal-Darlehen . . . . .	3 429 539,18
a) Pfandbrief-Zinsen 21 578 268,55		3. Ersatzleistungen und Kostenbeiträge im Darlehensgeschäft . . . . .	575 228,96
b) Kommunal-Obligationen-Zinsen 2 521 524,59	24 099 793,14	4. Zinsen aus sonstigen Anlagen . . . . .	1 234 133,02
3. Einlage-Zinsen . . . . .	16 641,27	5. Sonstige Einnahmen . . . . .	9 545,50
4. Abschreibung auf Geschäftseinrichtung . . . . .	1 180,—		
5. Abtrag auf Wertberichtigungskonto . . . . .	800 000,—		
6. Reingewinn . . . . .	1 382 576,70		
	28 396 623,68		28 396 623,68

In der heutigen Generalversammlung der Aktionäre unserer Bank wurde die Dividende für das Geschäftsjahr 1931 auf 6% festgesetzt. Demgemäß wird der Gewinnanteilschein Nr. 5 abzüglich 10% Kapital-Ertrag-Steuer sofort entsprechend eingelöst. L.820

Mannheim, den 14. April 1932.

## Rheinische Hypothekenbank

### Inserieren bringt Gewinn!

Druck G. Blum, Karlsruhe